

Zukunft des Stage im Secondaire

Im Grundschulwesen haben die Verhandlungen über die Reform des Stage einen guten Ausgang genommen. Die zeitliche Kürzung und die inhaltliche Reform stellen sowohl die Lehrgewerkschaften SNE und SEW/OGBL als auch die Vertreter der Stagiaires zufrieden. Im Sekundarschulbereich dauern die Verhandlungen noch an; und gestalten sich offenbar schwieriger als im Fundamental. Man sei nicht in die Ausarbeitung der Reform eingebunden gewesen und habe ein fertiges Projekt vorgelegt bekommen, informierte die Gewerkschaft Féduse ihre Mitglieder in einem Brief nach der Verhandlungssitzung am 21. März. Prinzipiell sei sie damit einverstanden, dass die Anzahl an zertifizierenden Momenten zugunsten formativer Bewertungen reduziert werde, schrieb die Gewerkschaft. Allerdings besteht die Féduse auf mindestens einer zertifizierenden Bewertung (Unterrichtsstunde) im ersten Teil des zweiten Ausbildungsjahrs. Dies sei wichtig, da die Lehrer während des Stage ihre ersten didaktischen und pädagogischen Erfahrungen sammeln. Die zweite Kernforderung der Féduse: Die Stagiaires sollen



Die Verhandlungen über die Stage-Reform im Secondaire dauern noch an. Foto: Chris Karaba

nicht allein vom Schuldirektor, sondern von einer Kommission bewertet werden, die überwiegend aus Lehrern mit Expertise in dem jeweiligen Fach besteht. Außer Frage steht für die Féduse, dass Stagiaires in ihrem Fach aus Qualitätsgründen einen Masterabschluss vorweisen müssen. Diese beiden Ansichten werden auch vom SEW/OGBL vertreten. Die Féduse schlägt des Weiteren vor, die Stagiaires – wie früher – sowohl im allgemeinen als auch im klassischen Sekundarschulwesen auszubilden. Es sei wichtig, beide Schulzweige zu kennen. Bildungsminister Claude Meisch hatte Mitte März im Gespräch mit dieser Zeitung erklärt, dass sich die Stage-Zeit für Sekundarschullehrer mit einer didaktisch-pädagogischen Ausbildung voraussichtlich, wie bei den Grundschullehrern, von zwei auf ein Jahr reduzieren wird. Zudem plane er, das Referendariat der Lehrbeauftragten an das der verbeamteten Stagiaires anzupassen, um den Lehrbeauftragten einen qualitativ gleichwertigen Berufseinstieg zu ermöglichen. Momentan handle es sich beim Stage der Lehrbeauftragten um einen „Stage light“. Allgemein strebt der Bildungsminister eine Harmonisierung der Stage-Bedingungen im Fundamental und im Secondaire an. mig

Von Marc Hoscheid

Wer öfter mit dem Wagen durch Luxemburg fährt, hatte es bereits vermutet, nun kommt von Nicolas Buck, Präsident der Union des entreprises luxembourgeoises (UEL), die Bestätigung: Luxemburg ist ein einziger großer Kreisverkehr. Mit diesem bildhaften Vergleich wollte Buck beim gestrigen Austausch der Sozialpartner über das europäische Semester die Rolle der heimischen Ökonomie im globalen Kontext verdeutlichen. Es kämen stets Einflüsse von außen, die das Land nach einer gewissen Zeit wieder verließen, was mit einer gewissen Abhängigkeit von der weltweiten Wirtschaftslage gleichzusetzen sei.

Diese nicht ganz neue Erkenntnis wurde denn auch von den Vertretern der Regierung und der Gewerkschaften, die neben den Arbeitgebern am Sozialdialog mitwirkten, geteilt. Es kann ohnehin festgehalten werden, dass die Atmosphäre zwischen den Sozialpartnern momentan ziemlich gespannt ist. Dies liegt wohl daran, dass es Luxemburg alles in allem betrachtet wirtschaftlich gut geht. Dies bescheinigt zumindest die Europäische Kommission in einer rezenten Analyse. Trotzdem bleiben laut der Behörde aus Brüssel einige Baustellen.

Diversifizierung, Rentensystem und Wohnen

Dabei handelt es sich um alte Bekannte. Vor allem die Situation auf dem Wohnungsmarkt, die zukünftige Absicherung des Rentensystems und die breitere Aufstellung der Wirtschaft. Das im vergangenen Parlamentswahlkampf omnipräsente Thema Wohnungsbau wurde auch von den Sozialpartnern, teils kontrovers, disku-

tiert. So forderte OGBL-Präsident André Roeltgen stellvertretend für die Gewerkschaften, dass die Regierung hier ihrer Verantwortung gerecht werden und die Spekulation auf Grundstücke stärker bekämpfen müsse.

Buck forderte seinerseits, der Staat solle dem Privatsektor endlich freie Hand lassen und die hohen administrativen Hürden abbauen. Zudem solle Premierminister Xavier Bettel (DP) das Thema zur Chefsache erklären. Dieser entgegnete, er könne nichts zur Chefsache machen, wenn er in vielen Bereichen gar nicht zuständig sei und verwies auf die Gemeindeautonomie.

Populäre Themen

Auch diesmal sind einige Eingaben dabei, die sicherlich zahlreiche Unterschriften sammeln werden. Ein Antragsteller fordert beispielsweise, dass die rot-weiß-blaue Nationalflagge durch den „Roude Léiw“ ersetzt wird. Auch die Petition, in der die Einführung eines obligatorischen Ersthilfekurses im Sekundarunterricht gefordert wird, dürfte auf größeres

Luxemburg unter der Lupe

Einschätzungen der Sozialpartner zur Analyse des Großherzogtums durch die EU-Kommission



Der Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum bleibt eine der größten Herausforderungen, denen sich Luxemburg in den kommenden Jahren stellen muss. Foto: Gerry Huberty

Interesse stoßen. Ein Petent setzt sich für vier Stunden Urlaub nach dem Blutspenden ein, ein anderer will, dass der Reisepass statt fünf zehn Jahre gültig sein soll. Gleich zwei Bürger machen sich Sorgen wegen des geplanten 5G-Netzes. Da beide Petitionen sich mit dem gleichen Thema befassen, hat der Ausschuss beschlossen, sie zusammenzulegen.

In mehreren Anfragen geht es um das Thema Mobilität. Ein Petent regt an, die Steuern zu reduzieren, dafür aber die Abgaben auf Benzin und Diesel anzuheben. In eine ähnliche Richtung geht auch die Petition, in der gefordert wird, dass der Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz nicht länger steuerlich

absetzbar sein soll. Der Autor will den Spieß umdrehen und jenen Arbeitnehmern steuerliche Vorteile bieten, die nahe an ihrem Arbeitsplatz wohnen. Auch zu den Tempo-30-Zonen ist eine Petition eingegangen. Der Verfasser will, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung nur tagsüber während der Schulzeit gelten soll. Die Idee einer Busspur auf den Autobahnen wird erneut aufgegriffen. Ein weiterer Antragsteller setzt sich für ein Verkehrsleitsystem mit „intelligenten Ampeln“ ein. Last but not least fordert ein Bürger mehr Sicherheit, aber auch mehr Sauberkeit im öffentlichen Transport und in den Bahnhöfen.

Mit diesem Wachstum soll nach dem Willen aller eine Diversifizierung der Wirtschaft einhergehen. Hier seien in den vergangenen Jahren bereits Fortschritte erzielt worden, als Beispiel nannte Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) den Weltraumbereich.

Buck mahnte an, dass man sich vor allem auf Wirtschaftszweige mit hoher Rentabilität konzentrieren solle. Als Negativbeispiel führte er die vom früheren Wirtschaftsminister Jeannot Krecké (LSAP) seinerzeit geförderte Logistikbranche an. Ein Bereich, in dem man große Hallen errichte, in denen dann drei Personen arbeiteten, taugte für Luxemburg nicht als großes Zukunftsmodell.

Bettel gab zu bedenken, dass auch in Zukunft Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Menschen gebraucht würden. Er stimmte mit Buck allerdings darin überein, dass sich Luxemburg nicht in diesen Bereichen spezialisieren solle.

Vom roten Löwen und anderen Tieren

Der Petitionsausschuss macht den Weg für 20 neue Eingaben frei

6562 Bürger hatten die Petition zum Verbot der Treibjagd unterschrieben. Die öffentliche Anhörung im Parlament soll nun am 3. Mai stattfinden, so die Vorsitzende des Petitionsausschusses Nancy Kemp (CSV) am Dienstag. Definitiv bestätigt ist der Termin noch nicht.

Die Petitionen sind nach wie vor sehr beliebt. Der Ausschuss hat 20 neue Anfragen angenommen, drei Petitionen wurden abgelehnt, zwei zum gleichen Thema wurden zusammengelegt. Vier Autoren wurden gebeten, ihre Anliegen klarer zu formulieren.

Populäre Themen

Auch diesmal sind einige Eingaben dabei, die sicherlich zahlreiche Unterschriften sammeln werden. Ein Antragsteller fordert beispielsweise, dass die rot-weiß-blaue Nationalflagge durch den „Roude Léiw“ ersetzt wird. Auch die Petition, in der die Einführung eines obligatorischen Ersthilfekurses im Sekundarunterricht gefordert wird, dürfte auf größeres

Interesse stoßen. Ein Petent setzt sich für vier Stunden Urlaub nach dem Blutspenden ein, ein anderer will, dass der Reisepass statt fünf zehn Jahre gültig sein soll. Gleich zwei Bürger machen sich Sorgen wegen des geplanten 5G-Netzes. Da beide Petitionen sich mit dem gleichen Thema befassen, hat der Ausschuss beschlossen, sie zusammenzulegen.

In mehreren Anfragen geht es um das Thema Mobilität. Ein Petent regt an, die Steuern zu reduzieren, dafür aber die Abgaben auf Benzin und Diesel anzuheben. In eine ähnliche Richtung geht auch die Petition, in der gefordert wird, dass der Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz nicht länger steuerlich

absetzbar sein soll. Der Autor will den Spieß umdrehen und jenen Arbeitnehmern steuerliche Vorteile bieten, die nahe an ihrem Arbeitsplatz wohnen. Auch zu den Tempo-30-Zonen ist eine Petition eingegangen. Der Verfasser will, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung nur tagsüber während der Schulzeit gelten soll. Die Idee einer Busspur auf den Autobahnen wird erneut aufgegriffen. Ein weiterer Antragsteller setzt sich für ein Verkehrsleitsystem mit „intelligenten Ampeln“ ein. Last but not least fordert ein Bürger mehr Sicherheit, aber auch mehr Sauberkeit im öffentlichen Transport und in den Bahnhöfen.

Fragen zur Gesundheit

Thematisiert wird aber auch die Bezahlung der Mitarbeiter in den Krankenhäusern und den Pflegeheimen. Der Antragsteller plädiert für einen einheitlichen Kollektivvertrag im Krankenhaus- und im Pflegesektor. Eine Antragstellerin hinterfragt die hohe Zahl an Kai-

serschnitten und fordert, dass jede Frau bei der Geburt die freie Wahl hat, ihr Kind auf natürliche Art und Weise oder per Kaiserschnitt zur Welt bringen will.

Die hohen Mietpreise, die Vermietung von Wohnungen an Besitzer von Hunden oder anderen Tieren sowie die Sprache der Dokumente des Handelsregisters sind weitere Themen, zu denen Petitionen eingegangen sind. In einer anderen Eingabe wird gefordert, dass die Klassen in den Grundschulen erst nach 7.50 Uhr beginnen sollen.

Nicht angenommen wurde hingegen das Anliegen von gleich zwei Antragstellern, die sich für eine Reduzierung des Verpackungsmülls einsetzen. Die Petitionen wurden abgelehnt, weil erst vor Kurzem eine ähnliche Debatte im Parlament stattgefunden hatte. Ähnlich erging es auch dem Autor, der sich für die Stärkung der partizipativen Demokratie engagiert. Auch zu diesem Thema war bereits eine Debatte organisiert worden. DS

- Die öffentliche
- Anhörung zum
- Verbot der
- Treibjagd soll am
- 3. Mai stattfinden.